

REDAKTIONSKOLLEKTIV GEWERKSCHAFTEN*

Kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik

Einführung in die folgenden Beiträge

1.

Liefert die gegenwärtige Entwicklung einer allgemeinen Weltmarktkrise den empirischen Beweis für die Richtigkeit der Marxschen Akkumulation- und Krisenanalyse, so scheint andererseits die politische Entwicklung der Arbeiterklasse in Westdeutschland den von Marx postulierten Zusammenhang von ökonomischer und Klassenbewegung zu widerlegen. Denn schließlich kann keine Rede davon sein, daß die Erfahrung des antagonistischen Interessengegensatzes die westdeutschen Lohnabhängigen in den Klassenkampf gegen das Kapital gegenwärtig zwingt, vielmehr stößt man allenthalben auf die Ansicht, Resignation, privater Rückzug, Aufgabe fortschrittlicher Positionen seien das wesentliche Resultat der kapitalistischen Krise. Fortschrittlich-politische Perspektiven, die in der beginnenden Ära der sozialliberalen Koalition entstanden seien, gingen zunehmend zugunsten einer Reduktion auf reine Interessenwahrnehmung verloren. Diese Reduktion berge Gefahren in sich, denn bei mangelnder innerer Organisation und mangelnder Kampferfahrung setze sich das Motto „Rette sich wer kann“ durch. Die Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander erscheint als realistischere Handlungsmöglichkeit als der solidarische Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals auf die Lebensbedingungen. Die politische Entwicklung der Arbeiterklasse erscheint als eine Art unberechenbarer Faktor.

Diese in der unmittelbaren Situation verfangene Wahrnehmung, aber auch der Inhalt dieser Wahrnehmung spiegeln die Resultate der Entwicklung des Kapitals und der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Sie verweisen darauf, daß diese Entwicklung wenigstens teilweise einen gewissermaßen geschichtslosen, durch das ökonomische Verhältnis allein bestimmten Zustand der westdeutschen Arbeiterklasse hergestellt hat. Denn das naturwüchsige Verhältnis, in welches die kapitalistische Produktionsweise die Produzenten versetzt, ist in der Tat die Konkurrenz. Ihre Verschärfung, sich ausdrückend z. B. im Ausländerhaß, ist die spontane, durch keine organisierte Klassenerfahrung und Kampftradition gebrochene Reaktionsweise.

Die ungebrochene Wirkung der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten stellt in der Krise die offene Herrschaft des Kapitals her. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander, vermittelt über den Mechanismus der industriellen Reservearmee, ist die materielle Basis dieser offenen Herrschaft. Die auf dem ökonomischen Verhält-

*) Neben den angeführten Autoren der folgenden Beiträge haben im Redaktionskollektiv mitgearbeitet und die Aufsätze durch schriftliche und mündliche Beteiligung ermöglicht: *Thomas Hahn, Thomas Mitscherlich, Bodo Zeuner.*

nis beruhende Klassenherrschaft macht sich gerade in dieser Weise geltend, daß auf allen Ebenen der Gesellschaft das Pendel der Macht zugunsten des Kapitals ausschlägt, ohne daß sich dieses erst groß organisieren müßte (obwohl es dies auch und gegenüber der Arbeiterklasse äußerst effektiv tut). Dies zeigt sich z. B. im Betrieb, wenn dem Betriebsrat die Zustimmung zu Massenentlassungen als Bedingung der Erhaltung von Arbeitsplätzen *überhaupt* anempfohlen wird; dies zeigt sich auch auf gesellschaftspolitischer Ebene, wenn von der SPD die Reformpolitik aufgegeben wird.

Gleichzeitig verweist diese quasi automatische, über das Wirken der ökonomischen Gesetze vermittelte Machtposition des Kapitals, in der gegenwärtigen Krise auch auf die Notwendigkeit der Entwicklung einer organisierten Klassenmacht der Arbeiter und damit auf eine Grenze des Kapitals. Denn daß das Kapital unterm Zwang der ökonomischen Gesetze, und nicht einfach nur aus Bosheit oder weil es etwas gegen die SPD-Regierung hätte, seine praktische Herrschaft über die Arbeiterklasse auf der Basis des Drucks der industriellen Reservearmee herstellt, dieses bildet eben auch die Grenze seiner Macht.

Es wird zu zeigen sein, daß auch eine zeitweilige „Verzichtspolitik“ der Gewerkschaften nicht einfach die Versöhnbarkeit der Klasseninteressen wiederherstellen wird. Es wird sich die Erfahrung aufdrängen, daß die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse für den einzelnen keinen Rettungsanker zur Existenzsicherung bildet.

Was folgt aus dieser Situationsbeschreibung?

Solange es darum ging, die herrschende Ideologie eines qualitativ neuen, krisenfreien und staatlich organisierten Kapitalismus zu destruieren und entgegen dem historischen Schein quasi Aufklärungsarbeit zu leisten über die nach wie vor bestehenden, zur allgemeinen kapitalistischen Krise hintreibenden Widersprüche im Kapitalismus und die Grenzen der Staatstätigkeit, konnte die Frage nach den praktischen Folgen der theoretischen Analyse in den Hintergrund des Bewußtseins gedrängt werden. Der Klassenantagonismus wurde als zukünftige Erfahrung „prognostiziert“, aber für die vorliegende Erfahrung schien er lediglich ein *Aufklärungsproblem* zu sein. Das Postulat der materialistischen Theorie, nämlich einen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Praxis der Arbeiterklasse herauszubilden, blieb aus dem gleichen Grunde weitgehend Postulat, aus dem heute große Teile der westdeutschen Angestellten und Arbeiter der Krise im Zustand einer unreflektierten, durch keine Klassenerfahrungen gebrochene Konkurrenz dem Kapital gegenüber treten: der mangelnden historischen Erfahrung des Klassenantagonismus als konkretes Schicksal.

Die Schranken der Analyse des zukünftigen Prozesses liegen darin, daß die sich entwickelnde Stagnations- und Krisenphase die Herausbildung und *das Handeln der Lohnabhängigen als Klasse* gegen das Kapital notwendig macht, will die Arbeiterschaft nicht ohnmächtiges Objekt bleiben. Dieses Handeln existiert in der Bundesrepublik aber nur in ersten Ansätzen. *Die Schranke einer Analyse des notwendigen Handelns, der Verbindung von Theorie und Praxis liegt also in der Realität selbst!* Zwar ist die Klassenorganisation Resultat der Erfahrungen der Arbeiter im

Kapitalismus, aber entgegen der quasi naturwüchsigen Macht des Kapitals ist sie zugleich eben Resultat eines bewußten, von den Produzenten selbst in die Hand genommenen Entwicklungsprozesses. Dessen Bedingungen sind zwar zunächst von der Bewegung des Kapitals gesetzt, die Bewußtseinsformen der unmittelbaren Produzenten, die Schranken ihres Handelns sind Resultat der Herrschaft des Kapitalverhältnisses, doch die widersprüchliche Bewegung dieses Verhältnisses wird zugleich zur *materiellen Basis* der Erfahrung des Kapitalverhältnisses als ökonomisch vermitteltem Herrschaftsverhältnis, der Möglichkeit der Auflösung verkehrter Bewußtseinsformen und des Zwangs zur Vereinheitlichung der Produzenten gegen das Kapital. In dem Maße, in dem so die Klassenorganisation Ausdruck des *bewußten* Handelns gegen das Kapital wird, kann die Analyse auch nicht mehr nur die Bewegung des Kapitals zum Gegenstand haben, sondern muß auch den Prozeß bewußten Handelns einbeziehen, der der Entscheidungsfähigkeit der Subjekte, d. h. auch möglicher Irrtümer, falscher Wege etc., unterliegt.

Das dargestellte Problem der Vermittlung von Theorie und Praxis heißt nun nicht, daß die politische Analyse nicht möglich sei, solange keine Klassenorganisation als handlungsfähige Macht entwickelt ist. Doch müssen die Grenzen einer solchen Analyse auch festgehalten werden.

2.

Nun existieren in der Bundesrepublik starke Organisationen der Arbeiter in der Form der *Einheitsgewerkschaften*, die objektiv die Einheit der Arbeiterklasse gegen das Kapital repräsentieren und die so in der Lage wären, den Kampf gegen die Wirkungen der kapitalistischen Krise zu führen. Dennoch ging die schwerste ökonomische Krise seit Bestehen der Bundesrepublik bisher scheinbar spurlos an den Gewerkschaften vorüber: Der Kongreß des DGB tagt zu einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl die bislang unvorstellbare Millionengrenze überschritten hat, ohne „große Worte“ zu verlieren, geschweige denn Gegenmaßnahmen zu diskutieren. Die Einzelgewerkschaften – soweit sie nicht mit für sie offensichtlich peinlichen Besetzungsaktionen konfrontiert sind – üben sich in Zurückhaltung in der Lohnpolitik, sichern allenfalls zusammen mit dem Kapital über Sozialfonds Härtefälle ab (so die IG-Chemie) und setzen auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in der Hoffnung, daß diese den Aufschwung und damit die Wiederbeschäftigung erreichen wird. Und selbst wenn sie diese Hoffnung – realistischerweise – nicht mehr haben, so meinen sie doch angesichts einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung daß jetzt nicht der Augenblick gekommen ist, diese Regierung mit sozialen Konflikten zu belasten.

Vordergründig betrachtet erweist sich die informelle Bindung der Gewerkschaften an die Politik der Sozialdemokratie als entscheidende Schranke der Interessenvertretung der Arbeiter in der aktuellen Krise und daher als Ursache für die tiefe Krise, in der sich die Gewerkschaftspolitik – gemessen an den Bedürfnissen der Arbeiter – befindet. Allerdings sind „Krisen“ der Gewerkschaftspolitik seit 1969 in der Bundesrepublik an der Tagesordnung: 1969 griffen die Arbeiter in den Betrieben noch unter der Führung gewerkschaftlicher Belegschaftsvertreter zur Selbst-

hilfe, als die von Regierung und Gewerkschaften postulierte „Verteilungsgerechtigkeit“ im Boom abgebaut wurde. Die Gewerkschaften wurden ein Opfer ihrer eigenen Ideologie der „sozialen Symmetrie“. Da aber das Kapital selbst angesichts der günstigen Produktions- und Realisierungsbedingungen an einer schnellen Beilegung des Konflikts interessiert war, konnte die gewerkschaftliche Politik ohne Umstände die erreichten Ergebnisse tarifvertraglich absichern. Die 1969er Streiks stellten zwar eine Kritik an der Gewerkschaftspolitik dar, waren aber noch nicht bewußter Ausdruck langfristiger Widersprüche zwischen Gewerkschaftspolitik und Bedürfnissen der Arbeiter. Mit der Tarifrunde 1970, in der die Gewerkschaften hohe Lohnforderungen durchsetzen konnten, wurde denn auch die Bewegung an der Basis wieder weitgehend integriert, das „gewerkschaftliche Monopol auf Konfliktaustragung“ konnte wieder hergestellt werden.

Anders 1971–1973: Nicht nur, daß jetzt die Politik des Gewerkschaftsapparats, seine Bindung an die SPD, als Schranke einer effektiven Interessenvertretung von den Arbeitern erfahren wird. Es zeigt sich auch, daß die gewerkschaftliche Politik die tatsächliche Zersplitterung der Klasse bisher lediglich verdeckte, daß Schichten, die von dem Zusammentreffen von Arbeitsintensivierung, Inflation und Lohnstagnation besonders betroffen wurden (Ausländer, Frauen etc.), überhaupt nicht gewerkschaftlich vertreten wurden. Es zeigte sich aber auch die Politik des Kapitals, die spontane Bewegung zu zersplittern bzw. ihre Zersplitterung zu fördern. So wird nicht nur die Erfahrung des Gewerkschaftsapparats als Schranke einer Interessenpolitik gemacht, sondern auch die der Spaltungspolitik des Kapitals; eine Erfahrung, die erst recht die Notwendigkeit der Demokratisierung und Effektivierung der gewerkschaftlichen Politik ins Bewußtsein rückte.

Die Kämpfe der gewerkschaftlichen und nicht-gewerkschaftlichen Basis, die jene „Krisen“ der Gewerkschaftspolitik Anfang der 70er Jahre offenlegten, waren jeweils Kämpfe um die Höhe der Reproduktion der Arbeitskraft im kapitalistischen System. Waren diese Kämpfe auf der einen Seite notwendig, um den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise Widerstand entgegenzusetzen, so zeigte sich andererseits, daß die gewerkschaftliche Politik diese Notwendigkeit nur ungenügend auszudrücken vermochte. Die Arbeiter waren zu einer radikaleren Vertretung ihrer Interessen gezwungen, die teils auch noch im kapitalistischen System befriedigt werden konnten.

Dies ist in der Krise 1974/75 aber nicht mehr möglich: Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital wird als *unvereinbar*, antagonistisch, *erfahren*. Stärker noch als in der ersten einschneidenden zyklischen Krise 1966/67 zeigt sich jetzt, daß die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals gegen die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiter stehen und durch keinerlei Kompromißformel verbunden werden können: Die Existenz des Kapitals steht gegen die Existenz der Arbeiter und es wird deutlich, daß dem nicht nur eine wie auch immer geartete *Politik* des Kapitals gegenüber Gewerkschaften, SPD-Regierung und/oder Arbeitern zugrundeliegt, sondern das Kapitalverhältnis als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis an seine eigene Schranke stößt und die Mittel der Lösung der Krise zunächst auf die unmittelbaren Produzenten abzuwälzen sucht: Arbeitslosigkeit Inflation, Druck auf den Lohn,

Intensivierung der Arbeit der noch beschäftigten Arbeiter sollen notwendige Pleiten, Kapitalentwertungen, aufschieben bzw. verhindern helfen.

Angesichts dieser Entwicklung sind die Gewerkschaftsspitzen konsterniert: eine SPD-Regierung am Ruder, mit dem Instrumentarium der aufgeklärten Wirtschaftstheorie versehen (die man noch 1963 im Grundsatzprogramm als Forderung verankert hatte), und dennoch: Krise. Ihre Theoretiker sind sprachlos, lavieren zwischen nunmehr offenbar abgehalftertem Keynesianismus, vulgärer Machttheorie („Investitionsstreik“) und „modernem“ Monetarismus, und dennoch . . . Da hilft offenbar auch die Kaufkrafttheorie nicht mehr weiter, die bisher in Zeiten der Prosperität stets jenen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital in eins zu setzen vermochte. Also hilft nur noch eins: Stillhalten, Lohnpausen hinnehmen (Vetter), der Bundesregierung die Daumen drücken und möglichst alle unbequemen Kritiker in den eigenen Reihen an den Rand der innergewerkschaftlichen Diskussion zu drängen.

Halten wir hier zunächst fest: Wurde Anfang der 70er Jahre die Politik des Gewerkschaftsapparates und die *Politik* des Kapitals als wesentliche Schranke für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter erfahren, wird in der aktuellen Krise das *Kapital* als die gesellschaftliche Bewegung beherrschend erfahren, *von dem einzelnen allerdings noch nicht bewußt als ökonomisch vermittelte Herrschaft, sondern als quasi Naturschicksal*. An dieser Problematik werden wir anzuknüpfen versuchen.

3.

Bevor wir im folgenden untersuchen, wieso die Arbeiter und ihre Organisationen 1975 vergleichsweise hilf- und machtlos den Massenentlassungen und dem Druck auf den Arbeitsprozeß gegenüberstehen, werden wir uns zunächst fragen, welche Ursachen und Wirkungen die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat. D. h., es sind die Bewegung des *Kapitals*, die Möglichkeiten der Regierung, auf diese Bewegung Einfluß zu nehmen und die langfristigen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung und der Arbeitslosigkeit zu analysieren (Teil I); es ist weiter nach den *Wirkungen der Krise* und der Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Fraktionen und Schichten der Arbeiterklasse und ihr Verhältnis untereinander zu fragen (Teil II) und es sind die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher *Sozialpolitik*, die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Reproduktion der betroffenen Arbeiter kompensieren, zu untersuchen (Teil III).

Werden in den ersten Beiträgen die *materielle* Grundlage und die Entwicklungsbedingungen für die Erfahrungen der Arbeiter und die Politik der Gewerkschaften diskutiert, so wird dies im Teil IV auf dem Hintergrund der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins und der gewerkschaftlichen Politik in der Prosperität reflektiert, d. h. es werden die *subjektiven Schranken* des Widerstands in der Krise einzubeziehen sein. Aus dieser Untersuchung kann die Aufgabe formuliert werden, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zu brechen. Allerdings: Will man etwas über die Formen sagen, in denen dies geschieht bzw. geschehen soll, so ist die Analyse auf die Ansätze zu beziehen, die sich tatsächlich in der Klassenauseinandersetzung selbst entwickelt haben und kann sich nicht spekulativ über dieselben er-

heben.

In diesem inhaltlichen Zusammenhang soll dann der Teil V über die Entwicklung der *Gewerkschaftspolitik in Italien* angesichts der Krise stehen. Dieser Teil soll die Funktion haben, eine konkrete Vorstellung möglicher Gewerkschaftspolitik zu schaffen. Statt Strategievorschläge aus dem Kopf zu produzieren, wollen wir zeigen, wie ein realer Klassenbildungsprozeß verläuft. Dies ist allerdings nicht so gemeint, die westdeutschen Gewerkschaften könnten oder müßten die Verhältnisse in Italien einfach nachahmen: Gerade um abstrakte Aufforderungen zu vermeiden, versuchen wir zu zeigen, was die jeweiligen historischen materiellen Bedingungen einer Gewerkschaftspolitik, was die unterschiedlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse sind. Aber im Maße der Entwicklung einer allgemeinen kapitalistischen Krise gleichen sich auch die Aufgaben an, vor die die verschiedenen nationalen Arbeiterklassen gestellt sind. Deshalb ist das italienische Beispiel auch nicht einfach etwas „ganz anderes“.

Theo Pirker

Die SPD nach Hitler

Pirker gehörte wie Viktor Agartz in den 50er Jahren zu den Sozialisten in SPD und Gewerkschaft, die deren Integrationskurs nicht kritiklos hinnahmen und entsprechenden Säuberungen zum Opfer fielen. Er beschreibt in seinem Buch den Assimilationsprozeß der SPD in den Bonner Staat, ihren langen Marsch durch die Gedärme des Kapitalismus, von dem sie gerade wieder ausgeschieden wird. Zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte der SPD bietet dieses Buch reichhaltiges, sonst kaum verwertetes Material.

360 Seiten, DM 14,80

Im linken Buchhandel

erhältlich Bezug auch über: Maulwurf Vertrieb
1 Berlin 36, Waldemarstr. 24